

So sieht 's aus:

Schnell-Information der
zum Thema

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

Haushalts-Sperre

Die Sperre sichert die Zukunft



Sicher und solide, so soll der Jahresabschluss des Haushalts 2010 sein. Deswegen hat Finanzminister Helmuth Markov (DIE LINKE) im entscheidenden Moment gehandelt: Er erließ eine sogenannte Haushaltssperre. Was dramatisch klingt, ist tatsächlich eine Vorsorge. Sie verhindert, dass sich das Land finanziell übernimmt. Denn trotz einer erlaubten Neuverschuldung in Höhe von 650,9 Mio. Euro droht bei gleichbleibender Entwicklung am Jahresende ein Fehlbetrag in dreistelliger Millionenhöhe. Diese drohende Krisenfolge, verschärft durch die steuerpolitischen Knebel der schwarz-gelben Bundesregierung, möchte der Minister möglichst abfedern.

**Mehr Informationen
auf der Folgeseite**

Er muss die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landes für die Zukunft sichern und „tritt“ daher jetzt und rechtzeitig auf die „Bremse“. Dafür sorgen jetzt die Bewirtschaftungsbeschränkungen, die aber durchaus differenziert und nur für einen Teil des Haushaltes zur Anwendung kommen. Konkret heißt das zum Beispiel: von 2,14 Milliarden Euro, einem stattlichen Batzen der gesamten Personalkosten für 2010, sind nur zwei Prozent eingefroren. Weil DIE LINKE-Fraktion für eine couragierte Finanzpolitik mit Augenmaß steht, begrüßt sie Markovs Schritt: Denn die von Rot-Rot aus politischer Überzeugung wieder gestarteten Neueinstellungen, Beförderungen und Höhergruppierungen können weiter stattfinden, solange sie nicht aus gesperrten Summen finanziert werden sollen. Der rote Minister hat weitere „Sicherheitsbalken“ eingezogen. Er sperrte 20 Prozent der übrigen Ausgaben, dazu 30 Prozent der Verpflichtungsermächtigungen. Die sind nötig, wenn das Land Verträge unterschreiben und damit langfristige finanzielle Verpflichtungen eingehen will. Damit sich Brandenburg nicht an deren finanziellen Spätfolgen „verschluckt“, gilt: „Stopp“, noch einmal genau hinschauen.



Rot-Rot will, Merkel und Westerwelle zum Trotz, zusammen mit den Menschen weiter für Gemeinsinn und Erneuerung in einem Brandenburg für alle kämpfen. Die Sperren schaffen Vorfahrt für diese Solidarität: denn die Arbeitsmarktförderung inklusive Öffentlich geförderter Beschäftigungs-Sektor (ÖBS), der für die Kommunen überlebenswichtige finanzielle Ausgleich und das Geld für Projekte des Zukunftsinvestitionsgesetzes fließen weiter.